

Luzerner Tagblatt.

Neununddreißigster Jahrgang.

N^o. 286.

Abonnementpreise:
Für die Post bezahlt Fr. 12. 80 6 Monate Fr. 6. 40 3 Monate Fr. 3. 40
Für Cuxen zum Erhalten 12. — 6. — 3. —
Abholen 10. — 5. — 2. 50
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Redaktions- und Expeditiions-Bureau: St. Jakobsvorplatz Nr. 11
Filiale der Expedition am Kornmarkt.

Insertionspreise:
Für Nacht und Sonntags und die im Kopf der Zeitungsblätter gesetzlich bestimmten:
Die erste Spalte Zeitzeile oder deren Raum . . . 10 Ct.
Wiederholungen . . . 8 „
Für die übrige Dauer und des Tages:
Die erste Spalte Zeitzeile oder deren Raum 15 Ct., Wiederholungen 10 Ct.
Preis der Restame-Beile (Beitrag): 50 Ct.
Insertat-Kannache (gehört bis 9 Uhr, kleiner bis 10 1/2 Uhr) in den
Expeditiions-Bureau St. Jakobsvorplatz und Filiale Kornmarkt.

Samstag, Gratis-Beilage, Luzerner Tagblatt, Sonntags-Beilage, Sonntags-Beilage, Samstag, 6. Dezember 1890

Erstes Blatt.

Sur Zollfrage.

Hr. Redaktor Seidel in Zürich hat in einer interessanten Zusammenfassung den Einfluss der Zölle auf die Lebensmittelpreise nachgewiesen. Da die Beratung des Zolltariffs vor den Traktanden der gegenwärtigen Sitzung der eidgen. Räte gehört, so hat das Thema aktuelle Bedeutung. Die projektirten Erhöhungen betragen auf:

Raffee 43,000 Fr., Tabak 800,000, Zucker 320,000, Vieh 840,000, Petroleum 113,000, Schweinefleisch 80,000, Butter 39,000, Eier 90,000, Getreide 174,000, Fleisch und Fische (frisch) 24,000, Fleisch- und Wurstwaren 52,000, Trauben, Kastanien, Obst, Gemüse, Brod 247,000, Zinnsachen 9000, Cigaren 4000, Seife 76,000 Fr., zusammen 2,912,000 Fr. oder rund drei Millionen Franken.

Diese Aufschläge werden wesentlich von den ärmeren Klassen getragen; die Nationalökonomie berechnet, dass, wenn 750 Fr. Einkommen hat, 67%, oder 3750 Fr. vermehrt, 40%, oder aber 18,000 Fr. besitzt, nur 22% seines Einkommens für die Ernährung ausgeben muss. Die Zölle auf Lebensmittel sind Kopfzölle; der Arme bezahlt daran so viel wie der Reiche; sie drücken aber den ärmern, weil sie zu große Quoten seines Einkommens abfordern, während der Reiche sie weniger fühlt. Die jetzigen Zölle belasten den Kopf der Bevölkerung mit 5 Fr., die vorgeschlagenen mit 11 Fr.; oder 1500 Fr. Einkommen kann, bezahlte die die Zölle 12 Fr., 1887 aber 27 Fr., wenn die handelsrechtlichen Steigerungen beibehalten sollten, gar 70 Fr. oder beinahe 5% des Erwerbes.

Auch die Verteilung der Zölle auf die einzelnen Artikel ist eine ungerechte. Die Luxusartikel sollen höher verzollt werden müssen. Es zahlen z. B.: Wein 23 1/2%, Fleischwaren 12, Bier 29, Thee 10, Zucker 19, Gewürze 7, Kaffeeurrogate 18, Holzwaren 27, lebendes Geflügel 4, Wollwaren 2, Leberne Handschuhe 1/2, ächte Whiskeys 1/10, Papierwaaren 13 1/2%.

Und doch ist klar, dass Holzwaren weniger Objekt von Besteuerung sein können, als z. B. Thee, gewöhnlicher Wein weniger als Fleischwaren, Zucker weniger als Bijouterie und Leberne Handschuhe. Solchen Luxuswaren dürfte man denn doch höhere Zölle auferlegen!

Hr. Seidel führt ferner aus, dass der Zoll, wo er die Natur eines Schutzzolls habe, gewöhnlich nur einigen wenigen Substanzen zu gute komme. Das wäre der Fall bei einer Erhöhung des Weizenzolls von 2 1/2% Fr. auf 5 Fr. Der Gewinn der Müller würde größer werden, das Brod theurer! Er verlangt als sehr ergiebige Finanzquelle das Getreidemonopol; lassen wir ihn darüber selbst reden: „Die H. Getreidebändler — ihre Zahl ist sehr gering, die größten unter ihnen sind Juden — verdienen nach meinen unwiderlegten Berechnungen am täglichen Brod des Volkes 12—15 Millionen Fr. jährlich. Dabei ist unser Land für Kriegzeiten sehr schlecht mit Getreide versehen und großen Gefahren ausgesetzt. Führe der Bund das Getreidemonopol ein, dann werden erst die gewaltigen Ausgabeburden für das Weizenmehl sicher gestellt, und unsere Landesverteidigung wird verوثändigt. Außerdem kann er das Brod billig machen und dabei noch eine weit höhere Einnahme erzielen, als sie die Lebensmittelpreise abwerfen.“

Schlüssig ist das Getreidemonopol das einzige Mittel, um die Getreidebau treibende Bauernschaft vor dem Ruin zu retten, weil es die Möglichkeit gewährt, den Bauern das Getreide zu einem anständigen Preise abzunehmen.“

Esso würden weitere Ausfälle an Einnahmen infolge Verminderung der Zölle sich durch das Banknotenmonopol und die Verschärfung aller Versicherungsanstalten decken lassen. „Der Bund braucht Geld, aber er schafft es sich so, dass die zum Segen, laut zum Ruin des Volkes geräth.“ Er führe auf demokratischer Grundlage weitere Monopole ein, dann erhält er Geld in Fülle und Güte, und zugleich treibt er wahrhaft gesunde und zeitgemäße Sozialreformen.“

Für die Zollerrhöhungen hat man vielfach das Bedürfnis der Landwirtschaft nach staatlicher Unterstützung aufgeführt. Die Vieh- und Lebensmittelpreise mügen nur wenig von Großbauern, welche viel Vieh und viele Lebensmittel auf den Markt bringen. Den kleinen Bauern mügen sie gar nicht so, denn was hilft es ihnen, wenn sie für ein Küchlein, für ein paar Rinder und für ihre Butter etwas höhere Preise erzielen, während sie für Getreid und Wurst, Raffee, Zucker, Tabak, Petroleum, Wollwaren, Papier, Seife u. s. w. noch mehr bezahlen müssen?

Es ist nicht zu verkennen, dass die Zölle auf den nöthigen Dingen des täglichen Bedarfs der ganzen modernen Bevölkerung widersprechen, die darauf ausgeht, die untern

und untern Klassen möglichst zu entlasten. Mögen die eidgen. Räte eine glückliche Hand in der Lösung dieser wichtigsten sozialpolitischen Frage haben!

Eidgenossenschaft.

Bundesversammlung, Nationalrat. Sitzung vom 4. Dezember. Die Reorganisation der Oberpostdirektion ist eine Hauptangelegenheit. Die Geschäftslast ist ungemein angewachsen, die Organisation aber immer noch die gleiche, wie sie vor halb vierzig Jahren geschaffen wurde. Die Oberpostdirektion muss wichtige Fragen vertragen. Auch sind die Inspektionen unter solchen Umständen ungenügend. Die einschlägige Gesetzgebung ist voller Anomalien. Die von andern Staaten eingeführten Reformen konnten noch nicht so flüchtig werden, dass für die Schweiz daraus Nutzen gezogen werden könnte. Die auf dem Gebiete des Handels und des Zollwesens notwendigen Reformen könnten bei der jetzigen unzulänglichen Organisation nicht durchgeführt werden. Das Personal ist zudem teilweise überanstrengt.

Durch die nun vorgeschlagene Organisation wird eine Theilung der Arbeit herbeigeführt. Unter der Oberpostdirektion sollen drei Departemente selbstständig arbeiten: die Verwaltung, das Inspektorat und die Statistik mit ihren Organen. Die Mehrausgabe beträgt jährlich 19,000 Fr. für Handel und Gewerbe wird die Aenderung von großem Nutzen sein.

Ständerath. Sitzung vom 4. Dezember. Das Ausgabenbudget der Departemente des Innern, des Militärs, der Justiz und Polizei, der Industrie und Landwirtschaft und der Post wurde ohne Debatte erledigt.

Bundesratwahl. Es verlautet, dass Hr. Ständerath Munzinger eine allfällige Wahl ablehnen würde. **Referendum.** Das Zentralomitee der bernischen Volkspartei beschloß, vor sich aus das Referendum gegen das Pensionierungsgesetz nicht zu ergeben, dagegen einer allfälligen Bewegung sich anzuschließen.

Militärisches. Eine nach Art der Konsumvereine eingerichtete Vereinigung deutscher Offiziere hatte mit einem Gasthof in Solpuzen ein Abkommen getroffen, demzufolge die jenem Verein angehörnden Offiziere sammt ihren Familienmitgliedern im Gasthof ein billiges Sommerquartier finden. Das solches von internationalen Gesichtspunkten aus wegen der Befestigungen auf dem Gotthard, der Oberalp und der Furka nicht wünschenswert erscheint, ist klar.

Die „Monatsschrift für Offiziere aller Waffengattungen“ bringt folgenden eigentümlichen Vorschlag zur Abhilfe: „Das Beste wird sein, der Bund schaffe allmählig das Uferrenthalb zu einem großen Waffenlager für Hochgebirgs-Gebirgsjungen um und bauer Baracken zur Kasernierung von einigen tausend Mann, die im Frieden wie im Kriege vortreffliche Dienste leisten würden. Dann kommt es wohl von selbst dazu, dass die schweizerischen Offiziere während der Dienst-Saison, die ja auch Fremden-Saison ist, in den Gasthöfen der drei Dörfer schließlich so viele Wohnräume belegen, dass ausländische Militär-Konsumvereine keinen Vortheil mehr darin erblicken werden, ihre Vereinsgenossen gerade hier am komfortabelsten einzulogiren.“

Preffe. Die „Winterthurer Nachrichten“ werden mit dem 15. Dezember zu erscheinen aufhören. Hr. Winter, der Erwerber der Buchdruckerei Ehrlich (Berlag der Winterth. Anstalt), wird dagegen ein neues, täglich erscheinendes liberales Blatt herausgeben. Dasselbe erhält den Titel: „Neues Winterthurer Tagblatt“; die Redaktion übernimmt Hr. Dr. jur. Täufer von Winterthur.

Metrenprüfungen. Die diesjährigen Metrenprüfungen haben den Kantonen folgenden Rang zugewiesen: 1) Baselstadt, 2) Genf, 3) Zürich, 4) Schaffhausen, 5) Neuchâtel, 6) Thurgau, 7) Glarus, 8) Valaisland, 9) Solothurn, 10) St. Gallen, 11) Zug, 12) Waadt, 13) Obwalden, 14) Graubünden, 15) Appenzel A. Rh., 16) Appenzel N. Rh., 17) Appenzel N. Rh., 18) Bern, 19) Luzern, 20) Tessin, 21) Freiburg, 22) Schwyz, 23) Uri, 24) Valais, 25) Appenzel J. Rh.

Luzern. Dem „Waterland“ diene als Antwort, dass wir die Initiative, welche in die luzernerische Verfassung aufgenommen wurde, keineswegs vergessen oder absichtlich ignorirt haben. Allein dieselbe, als bloße Möglichkeit der Einführung von Volkstheilen, ist gar kein Grund für die Verfassung wirklich aufgenommenen Volkstheile. Gestalt eine Initiative der Räte nicht, wird politische Opposition dagegen gemacht, und wenn die Sammlung der Unterthürten gelangt, die Anträge der Initianten nachher dadurch geschieht. Die Initiative in einem politisch erregten Kanton ist wie das Samenorn, das auf den Weg oder

unter die Dornen fiel: entweder geht es nicht auf, oder wenn es aufht, verdorrt es, bevor es Früchte trägt.

Die Initiative fand übrigens im reterungsständlichen Entwurf; alle aus der Mitte des Rathes gestellten Anträge wurden niedergelassen. Das ist die Wahrheit, ob sie den „Herrn im Brandgäßli“ angenehm sei oder nicht. Was von dem Vorgehen der Ultramontanen zu halten sei, wenn sie die Volkstheile verwerfen, hat ihnen die Milchschweizer „Mischweiz“ vor der Abstimmung deutlich erklärt; jedoch ist sie allerdings stumm geblieben wie ein Fisch.

(Eingel.) Die beiden Wahlen vom letzten Sonntag in Neuenkirch und Wohlen setzen die ganze Brutalität der von unserer Regierungspartei verübten Wahlkreisgeometrie erst im wahren Lichte. In beiden Gemeinden haben nach jahrelangem Ringen die Liberalen endlich die Mehrheit erstritten, damit einer Unwissenheit ohne Beispiel, die unter den Augen der Regierung und ihres Amtesgehabten lange Zeit mächtig blühte und den Wohlstand und den Kredit der Gemeinden runtrierte. Aber trotz der numerischen Uebermacht wird die liberale Partei in den beiden großen Gemeinden im Großen Rath ohne Vertretung sein. Den braven Wählern hat man das vertrackte Schach und den Neuenkirchern die Substanz als Belegemacht in die Hände gehängt, wodurch die liberale Gemeinbewehrheit bei den Großratswahlen nicht zur Geltung kommen kann. Eine unanständigere und gewaltthätigere Wahlkreisgeometrie als in diesen beiden Wahlkreisen, besteht nicht einmal im Kanton Tessin.

Das Schweizervolk hat in letzter Zeit die Ultramontanen im Tessin und in Freiburg hinlänglich kennen gelernt. Ihre Willkür über Luzern wurden in Bern mit jenen nicht auf die gleiche Stufe gestellt; sie selber wollten besser sein als die Keisern, Pöbelen und Genossen und wurden deswegen in Bern auch anders angesehen und anders behandelt. Aber diese falsche Annahme muss gestrichelt werden; wir müssen unsere Regierungsmänner in Bern richtig zeichnen, auf was man endlich aufhört, sie, als die gewöhnlichen, trieblichen Elemente anzusehen.

Man soll in Bern endlich erfahren, dass diese „Gassenengel“ bei uns wirklich „Hausgenossen“ sind, die die Minorität im eigenen Kanton vermaglichen und daher gar kein Recht haben, auf bessere Behandlung im Bundes Anpruch zu machen. Mit dem Waise, mit dem du ausmiffest, soll die wieder eingemessen werden.“ Die Wahrheit dieses Satzes sollen unsere kleinen Grenzort gerade jetzt, anlässlich der Bundesratswahl, erfahren.

Unsere Verfassungsgrenzen mit der Wahlkreisvertheilung und die Theilnahme der Regierung an der Einnahme Großratsverfassung haben den besten Stoff zu einem naturgetreuen Bilde unseres Systems. „Hier ist die Stelle, wo sie richtig sind.“

Anfolge Resignation des bisherigen Inhabers ist die Stelle eines Verwalters an der kantonalen Irrenanstalt ausgeschrieben. Wohnung 2400 Fr. nebst freier Wohnung, Holz und Licht. Anmeldefrist bis 20. Dezember.

Eisenbach. Unter Leitung der H. Professor Siebler in Zürich, Direktor Moos in Sursee und einem jür den speziellem Zweck bestimmten Kurat-Romitee findet den 16. Dezember mit Dauer bis und mit dem 19. Dezember in hier ein Futterbau- und Düngerkonferenz statt. Allfällige Anmeldungen sind bei Hrn. Gemeindevorstand Weingartner in Jmolli zu machen. Die Hoffnung, dass diese Unternehmung eine rege Theilnahme finde, ist eine zu begründete, um weitere Worte für eine Einladung zu sparen.

Hellbühl. Die Stelle eines Sigillisten und Draganisten im zur Wiederbesetzung ausgeschriebenen, Anmeldungen bis zum 18. Dezember an's Pfarramt Hellbühl.

In Wülker nach einer der ältesten Kerzte des Kantons, Hr. Alois Stocker von Nomeswil. Im Jahre 1846 patentirt, präparirte er viele Jahre in Hochdorf und war ein beliebter, viel in Anspruch genommener Arzt. Er erreichte das Alter von 75 Jahren.

Bösartige Sachbeschädigung. In der Nacht vom Mittwoch auf den Donnerstag ist auf der Straße von der Hutwühle bis zum Neufbühl die Einfriedung zwischen Bahn und Straße böswillig beschädigt worden. Auf Entdeckung der Thäter ist eine Belohnung von 50 Fr. ausgesetzt worden.

Zürich. Der Militär-Sanitäts-Verein Zürich hat unter Zuzug von Landharm-Sanitätsmannschaft aus Zürich und Umgebung beschlossen, es sei für letztere ein Instruktionskurs zu veranstalten.

Bern. Der Grütliverein Bern hat den ständigen Polizeidirektor, Oberst Scherz, wegen seiner politischen Anordnungen anlässlich des letzten Jahres Streiks als Ehrenmitglied aus dem Verein ausgeschlossen. Auch dem Bundesrat Scherz sollte nach der Meinung von etwa der Hälfte der Vereinsmitglieder die Ehrenmitgliedschaft entzogen werden, weil derselbe anlässlich der Tessiner Wirren